

KOMPENDIEN DER SOZIALEN ARBEIT

Kuhn-Zuber | Hoenig

# Sozialleistungsansprüche für Flüchtlinge und Unionsbürger

Beratungsleitfaden

2. Auflage



**Nomos**

## KOMPENDIEN DER SOZIALEN ARBEIT

Sie arbeiten sich in ein neues Sachgebiet ein und benötigen rasch zuverlässige und umfassende Informationen? Sie möchten die wesentlichen Fakten zu Konzepten, Fällen, Arbeitsfeldern und Anwendungsgebieten der Sozialen Arbeit wissen, Good Practice-Beispiele kennenlernen und Handlungsempfehlungen für die Praxis erhalten? In der Reihe erscheinen Werke mit direktem Praxisbezug. Die Bände richten sich an Professionals, Berufseinsteiger:innen und -umsteiger:innen sowie an Studierende, gerade auch mit Blick auf Praxissemester und Anerkennungsjahr.

Gabriele Kuhn-Zuber | Ragnar Hoenig

# Sozialleistungsansprüche für Flüchtlinge und Unionsbürger

Beratungsleitfaden

2., aktualisierte und erweiterte Auflage



**Nomos**



Onlineversion  
Nomos eLibrary

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-0482-9 (Print)

ISBN 978-3-7489-3978-8 (ePDF)

2., aktualisierte und erweiterte Auflage 2024

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2024. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Vorwort zur zweiten Auflage

Sozialleistungen für Flüchtlinge und Unionsbürger\*innen sind nach wie vor Gegenstand zahlreicher gesetzgeberischer Aktivitäten – teils getrieben durch mangelnde finanzielle Ressourcen bei weiter hohen Zahlen von Menschen, die nach Deutschland migrieren, häufig auf der Suche nach Sicherheit und besseren (Über)Lebenschancen, teils auch getrieben durch die Zunahme rechtspopulistischer Stimmungen, die Geflüchteten oft unterstellen, nur wegen der Sozialleistungen nach Deutschland zu kommen. Die Neuauflage dieses Beratungsleitfadens gestaltete sich entsprechend schwierig, die letzten einzuarbeitenden Änderungen mit dem Rückführungsverbesserungsgesetz und der Einführung einer Bezahlkarte sind quasi kurz vor Erscheinen erst in Kraft getreten. Die Komplexität der Materie nimmt allerdings nicht ab und stellt die Menschen, die in der Sozial- und Migrationsberatung tätig sind, weiterhin vor große Herausforderungen. Das Konzept des Beratungsleitfadens ist – nach vielen positiven Rückmeldungen aus der Leser\*innenschaft – beibehalten worden: ausgehend von dem ‘Überschreiten der Grenze bis hin zur Erteilung eines Aufenthaltstitels bzw. auch zur Ablehnung eines Schutzstatus’ werden im ersten Teil die Sozialleistungen angelehnt an den Aufenthaltsstatus dargestellt und am Ende jedes Kapitels überblicksartig zusammengefasst. Da ukrainische Geflüchtete durch die Anwendung der Massenzustroms-Richtlinie einen Sonderstatus haben, wird diese Personengruppe gesondert betrachtet. Auch Unionsbürger\*innen unterliegen aufgrund des europäischen Gemeinschaftsrechts besonderen Regelungen, die es rechtfertigen, in einem zweiten Teil des Beratungsleitfadens aufgenommen zu werden. Abschließend bleiben in einem dritten Teil kurze Ausführungen zu den verwaltungsrechtlichen Regelungen und dem gerichtlichen Rechtsschutz.

Die Autor\*innen dieses Beratungsleitfadens haben sich bewusst für eine gegenderte Schreibweise entschieden. Sprache soll inklusiv sein und alle Menschen unabhängig von ihrer geschlechtlichen Zuschreibung einbinden. Aus Platz- und Formatgründen ließ sich dies allerdings nicht für den Titel des Leitfadens realisieren. Eine Änderung des Titels von Flüchtlinge zu „Geflüchtete“ war aus organisatorischen Gründen in dieser Auflage auch nicht mehr zu realisieren. Der Begriff „Flüchtling“ ist (völker)rechtlich zwar mit Schutz und Rechten verbunden, stellt allerdings im Sprachgebrauch zu sehr auf einen passiven Status, eine Opferrolle, ab. Menschen, die gewaltsam vertrieben werden, sind aber nicht nur Opfer, sondern auch aktiv agierende Menschen, die als solche auch wahrgenommen werden sollten. Sollte es eine dritte Auflage dieses Beratungsleitfadens geben, wird diese Änderung aufgenommen.

Unser Dank gilt allen Menschen und Organisationen, die sich im Migrationsrecht engagieren und den Betroffenen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Ihnen soll dieser Beratungsleitfaden eine hoffentlich gute Arbeitshilfe sein.

Der Beratungsleitfaden ist auf dem Rechtsstand von Mai 2024.

Berlin, den 3. Juni 2024

Prof. Dr. Gabriele Kuhn-Zuber

Prof. Dr. Ragnar Hoenig

## Inhalt

<b>Vorwort zur zweiten Auflage</b>	5
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	11
<b>Einleitung</b>	17
<b>Teil 1: Sozialleistungen für geflüchtete Menschen</b>	19
1. Einführung	19
2. Grundlagen des Asylrechts	21
2.1 Grundbegriffe	21
2.2 Ablauf des Asylverfahrens	22
2.3 Überblick über den Aufenthaltsstatus geflüchteter Menschen	29
3. Sozialleistungen für geflüchtete Menschen	31
3.1 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz – Überblick	32
3.2 Grenzübertritt und Ankunft	34
3.3 In der zuständigen Erstaufnahmeeinrichtung / Im Ankunftszentrum	35
3.3.1 Vor Erteilung des Ankunfts nachweises	36
3.3.2 Nach Erteilung des Ankunfts nachweises	38
3.3.3 Asylantragstellung	66
3.4. Nach der Verteilung in den Bundesländern und Kommunen	68
3.4.1 Sozialleistungen während des Asylverfahrens – bis einschließlich 36 Monate Aufenthalt	71
3.4.2 Sozialleistungen während des Asylverfahrens ab dem 37. Monat des Aufenthalts – Analogleistungen	87
3.5 Nach Abschluss des Asylverfahrens	110
3.5.1 Aufenthaltstitel	110
3.5.2 Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 1, 2 oder 3 AufenthG	114
3.5.3 Aufenthaltserlaubnis nach §§ 23 Abs. 1, 24, 25 Abs. 4 Satz 1 oder Abs. 5 AufenthG	143
3.5.4 Duldung nach § 60a AufenthG	157
3.5.5 Weitere Fallkonstellationen des AsylbLG	168
3.6 Exkurs: unbegleitete minderjährige Geflüchtete	170
3.6.1 Ablauf des Verfahrens	170
3.6.2 Unterbringung und Versorgung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge	173
3.6.3 Schulische und berufliche Ausbildung	173
3.7 Integrationskurse	174
3.8 Asylsuchende aus sicheren Herkunftsstaaten	177
4. Geflüchtete aus der Ukraine	177
4.1 Aufenthalt	178
4.2 Sozialleistungen	181
4.2.1 Existenzsichernde Leistungen	182
4.2.2 Weitere Sozialleistungen	183
<b>Teil 2: Sozialleistungen für Unionsbürger*innen</b>	185
1. Einführung	185

## Inhalt

---

2. Rechtsgrundlagen	185
3. Aufenthaltsrecht von Unionsbürger*innen	190
3.1 Aufenthaltsberechtigung nach der Richtlinie 2004/38 i.V.m. FreizügG/EU	190
3.1.1 Aufenthaltsrecht in den ersten drei Monaten nach Einreise	191
3.1.2 Aufenthaltsrecht über drei Monate als Erwerbstätige	192
3.1.3 Aufenthaltsrecht über drei Monate zur Arbeitssuche	198
3.1.4 Aufenthaltsrecht als Nicht-Erwerbstätige	199
3.1.5 Aufenthaltsrecht von Familienangehörigen und nahestehenden Personen	200
3.1.6 Verlustfeststellung	203
3.2 Aufenthaltsberechtigung aus der VO 492/2011	204
3.3 Aufenthaltsberechtigung aus anderen Gründen – insbesondere Aufenthaltsgesetz	206
3.4 Daueraufenthaltsrecht	207
3.5 Aufenthaltsrecht von Staatsangehörigen des Vereinigten Königreichs	208
4. Existenzsichernde Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	210
4.1 Grundsicherung für Arbeitssuchende – Leistungen nach dem SGB II	210
4.1.1 Leistungsberechtigung	210
4.1.2 Leistungsausschlüsse für Unionsbürger*innen	211
4.1.3 Leistungsausschluss für Staatsangehörige von Mitgliedstaaten des Europäischen Fürsorgeabkommens (EFA)	217
4.1.4 Rechtliche Bewertung der Leistungsausschlüsse	218
4.2 Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt und der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII	222
4.2.1 Leistungsberechtigung	222
4.2.2 Leistungsausschlüsse nach dem SGB XII	224
4.2.3 Überbrückungsleistungen	225
4.2.4 Leistungen für Staatsangehörige der Mitgliedstaaten des EFA	230
4.3 Leistungen nach dem AsylbLG?	231
5. Andere Sozialleistungen	233
5.1 Kranken- und Pflegeversicherung	233
5.2 Leistungen der Sozialhilfe	236
5.3 Eingliederungshilfe	236
5.4 BAföG und BAB	237
5.4 Familienleistungen	238
5.4.1 Kindergeld	238
5.4.2 Elterngeld	241
5.4.3 Unterhaltsvorschuss	241
<b>Teil 3: Verwaltungsverfahren und Rechtsschutz</b>	<b>245</b>
1. Verwaltungsverfahren	245
1.1 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	245
1.1.1 Antrag und Verwaltungsverfahren	245

---

1.1.2	Besonderheiten bei der Aufhebung von Bescheiden im Asylbewerberleistungsrecht	248
1.2	Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II	249
1.2.1	Antrag und Verwaltungsverfahren	249
1.2.2	Besonderheiten bei der Aufhebung von Verwaltungsakten	252
1.3	Andere Sozialleistungen	253
1.4	Wenn die Behörde nicht entscheidet	255
1.4.1	Vorschusszahlung und Kostenerstattung	255
1.4.2	Untätigkeitsklage	256
1.4.3	Dienstaufsichtsbeschwerde	256
2.	Rechtsschutzverfahren	256
2.1	Widerspruchsverfahren	257
2.2	Gerichtsverfahren	260
2.3	Einstweiliger Rechtsschutz	263
	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>267</b>
	<b>Sachregister</b>	<b>271</b>
	<b>Bereits erschienen in der Reihe KOMPENDIEN DER SOZIALEN ARBEIT</b>	<b>279</b>



## Einleitung

Der seit 2015 verstärkt begonnene und – seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine im Februar 2022 wieder ansteigende – Zuzug von Menschen aus den Krisenregionen der Welt stellt den deutschen Staat vor große Herausforderungen. Neben der Klärung asyl- und aufenthaltsrechtlicher Fragen, die vor allem – allerdings nicht ausschließlich – Menschen aus Staaten außerhalb der Europäischen Union betreffen, stehen Leistungen des Staates im Vordergrund, die den Lebensunterhalt der Einzelnen sichern helfen, die Fragen der Gesundheitsversorgung betreffen, die Integration in das Arbeitsleben und in die deutsche Gesellschaft fördern. Diese Leistungen betreffen zum großen Teil das Sozialrecht und als Leistungsträger die Kommunen, Landkreise und Sozialleistungsträger; sie sind bezüglich ihrer Rechtsgrundlagen, ihrer Voraussetzungen, ihrer Anspruchsinhalte abhängig vom jeweiligen Aufenthaltsstatus. So gibt es eine Verknüpfung zwischen zwei hochkomplexen Rechtsgebieten, die zudem ihrerseits noch ständigem Wandel und starken Aktivitäten des Gesetzgebers und einer unübersehbar gewordenen Rechtsprechung unterworfen sind: dem Asyl- und Aufenthaltsrecht auf der einen und dem Sozialrecht auf der anderen Seite. Beide Gebiete sind für Nichtjurist\*innen an sich schon schwer erschließbar, ihr Zusammenspiel ist kaum zu durchschauen. Gleichwohl wird von Mitarbeiter\*innen, die im Migrations- und Flüchtlingsbereich arbeiten, erwartet, dass sie die wesentlichen Grundzüge kennen und die betroffenen Menschen in allen Bereichen umfassend beraten und ihnen helfend zur Seite stehen. Auch wenn sich viele Fragen ohne die Hinzuziehung von Fachanwält\*innen kaum befriedigend klären lassen, Aufenthaltstitel nur mit anwaltlicher Unterstützung erstritten, Sozialleistungsansprüche mit Widerspruchs- und Klageverfahren durchgesetzt werden, ist es für die Arbeit derjenigen, die mit und für geflüchtete Menschen oder Menschen aus den wirtschaftlichen Krisenregionen der EU tätig sind, unerlässlich, zumindest einen Überblick über die wichtigsten Rechtsgrundlagen zu haben. Die Mitarbeiter\*innen in der Beratung sind erste Ansprechpartner\*innen, sie sind diejenigen, die die Situation der Betroffenen aus erster Hand kennen und einschätzen können, welcher Handlungsbedarf besteht, wer welche (weiteren) Maßnahmen benötigt und wo diese beantragt werden müssen.

Ziel dieses Beratungsleitfadens ist die Darstellung der Sozialleistungen, die geflüchteten Menschen, einschließlich der Besonderheiten von geflüchteten Menschen aus der Ukraine, aber auch Unionsbürger\*innen zustehen, die in unser Land kommen, vor Krieg, Verfolgung, Gewalt, vor Armut, Not und Elend geflohen sind. Asyl- und aufenthaltsrechtliche Regelungen werden mit aufgenommen, sofern sie für den Erhalt der jeweiligen Sozialleistungen erforderlich sind; aufgrund der engen Verknüpfung ist es zwingend, hierbei einige Grundbegriffe zu erläutern. Allerdings werden die ausführliche Darlegung des Asylverfahrens bzw. die einzelnen Voraussetzungen für die Erlangung eines bestimmten Aufenthaltstitels außen vor gelassen; diese werden sach- und fachkundig in entsprechenden Asyl- und Ausländerrechtsbüchern, -handlungsleitfäden oder -broschüren, auch von Organisationen der Flüchtlingshilfe (z.B. Flüchtlingsrat Berlin, Gemeinnützige Gesell-

## Einleitung

---

schaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V.) oder von Wohlfahrtsorganisationen (z.B. Caritas oder Paritätischer Wohlfahrtsverband) besser erläutert.

Gegenstand des ersten Teils dieses Leitfadens sind – nach einer kurzen Darstellung asyl- und aufenthaltsrechtlicher Grundbegriffe sowie eines kurzen Abrisses des Asylverfahrens – die Sozialleistungen mit den Schwerpunkten Sicherung des Lebensunterhalts, Gesundheitsversorgung und Eingliederung in das Arbeitsleben für geflüchtete (oder ankommende) Menschen und zwar jeweils anhand ihrer jeweiligen Aufenthaltssituation. Die Ansprüche werden vorgestellt, die jeweiligen Anspruchsvoraussetzungen erläutert und die Zuständigkeit der jeweiligen Sozialleistungen geprüft. Abschließend werden weitere mögliche Sozialleistungen und die zuständigen Träger überblicksartig dargestellt. Da geflüchtete Menschen aus der Ukraine einen „Sonderstatus“ haben, weil mit ihnen erstmals die bereits seit 2001 bestehende, aber bis 2022 nie angewendete Richtlinie 2001/55/EG (sog. Massenzustrom-Richtlinie) durch Beschluss des Rates in Kraft gesetzt wurde, werden Aufenthalt und Sozialleistungsansprüche dieser Personengruppe kurz gesondert erläutert.

Wirtschaftliche Krisen in verschiedenen, Mitgliedstaaten der EU führen darüber hinaus zu einer erheblichen Zuwanderung von Unionsbürger\*innen. Diese Menschen haben aufgrund der Bestimmung des europäischen Gemeinschaftsrechts einen besonderen Status, der sie von denjenigen, die nicht aus den EU-Staaten kommen (sog. Drittstaatsangehörige), erheblich unterscheidet. Sie profitieren vom Grundsatz der Inländergleichbehandlung, vom Verbot der Diskriminierung sowie von den unionsrechtlichen Grundfreiheiten. Die Praxis zeigt, dass auch hier vielfältige Beratungsprobleme im sozialrechtlichen Bereich auftreten, die durch Rechtsprechung und Gesetzgebung immer komplexer werden. Deshalb sollen die möglichen Sozialleistungen – soweit sie sich von denen deutscher Staatsangehöriger unterscheiden – im zweiten Teil erläutert werden.

Der abschließende Teil dieses Leitfadens widmet sich dem Verwaltungs- und Rechtsbehelfsverfahren. Er soll denjenigen einen kurzen Überblick verschaffen, die Leistungen beantragen und/oder mit Widerspruch und Klage durchsetzen müssen.

## Sachregister

Die Angaben verweisen auf die Seitenzahlen des Buches.

### A

- Abhilfebescheid 258
- Abschiebehaft
  - Existenzsichernde Leistungen 44, 75
- Abschiebeschutz
  - Gesundheitliche Gründe 158
- Abschiebung 111
- Abschiebungsverbot 30
- Aktive Leistungen 117
- Aktivierung und beruflichen Eingliederung 64
- Akute Erkrankung 47
- Altersgrenze
  - Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 91
- Analogleistungen 71, 88
  - Einkommen und Vermögen 100
  - Einmalige Bedarfe 96
  - Erstaussstattungen 96
  - Gemeinschaftsunterkünfte 89, 99
  - Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 91
  - Hilfe zum Lebensunterhalt 92
  - Kosten der Unterkunft 96
  - Leistungen in besonderen Lebenslagen 98
  - Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts 90
  - Medizinische Versorgung 98
  - Mehrbedarfe 93
  - Orthopädischen Schuhe 96
  - Vermögen 101
  - Zuständigkeit 97
- Anerkannte Flüchtlinge 21, 28
  - Ausbildungsbeihilfe 134
  - Behinderung 138
  - Eingliederungshilfe 138
  - Elterngeld 133
  - Kindergeld 131
  - Kinderzuschlag 132
  - Leistungen in besonderen Lebenslagen 137
  - Menschen mit Behinderungen 135
  - Schwerbehinderung 138
  - Unterhaltsvorschuss 133
  - Wohngeld 136
  - Zugang zum Arbeitsmarkt 129
- Anerkennung als Geflüchtete\*r 29
- Anfechtungsklage 262
- Anhörung 26, 67, Siehe auch persönliche Anhörung
- AnkER-Einrichtung 25
- AnkER-Zentrum 22
- Ankunftsnachweis 23, 35
  - Nichtausstellung 37
  - Zuständigkeit 35, 37
- Ankunftszentrum 22, 25
- Anlaufbescheinigung 34
- Antrag
  - Bescheid 27
- Antragstellung 25
- Arbeitnehmer 192
  - Ausbildung 193
  - Berufsausbildung 197
- Arbeitsgelegenheiten
  - Asylbewerber 79
  - Folgen der Ablehnung 63
  - Zumutbarkeit 62
- Arbeitsmarktintegration Flüchtlingsintegration 57, 61
- Arbeitsmarktrente 91
- Arbeitnehmer
  - Haft 197
  - Praktikum 193
- Arbeitsunfähigkeit
  - Asylsuchende 62
- Asylantrag 34, 66
  - Ablehnung 27
  - Aufenthaltsgestattung 67
  - Unbegleitete minderjähriger Geflüchtete 172
- Asylberechtigte 21
- Asylberechtigting 29
  - Ausschluss 30
- Asylbescheid 27, Siehe Bescheid
- Asylbewerber
  - Arbeitsgelegenheiten 79
  - Ausbildung 81, 106
  - Gesundheitskarte 77
  - Menschen mit Behinderungen 81

## Sachregister

---

- Mitwirkungspflichten 83
- Rechtmäßigen Aufenthalt 71
- Rechtmäßiger Aufenthalt 87
- Schulpflicht 102
- Schwangerschaftsabbruch 78
- Sekundärmigration 82
- Sichere Herkunftsstaaten 177
- Studium 106
- Unterbringung außerhalb von Aufnahmeeinrichtungen 73
- Verteilung auf Kommunen 72
- Zahnersatz 78
- Zugang zum Arbeitsmarkt 79, 108
- Asylbewerberleistungsgesetz
  - Anspruchseinschränkung 162
  - Antrag 38, 245
  - Arbeitsgelegenheiten 61, 102
  - Aufhebung von Bescheiden 248
  - Aufwandsentschädigung 61
  - Bildung und Teilhabe 44
  - Eingliederung 144
  - Einkommen und Vermögen 56
  - Freibeträge 57
  - Geldleistungen 73
  - Hausrat 74, 75
  - Kenntnisgrundsatz 38, 246
  - Kinder 53
  - Kostenerstattung 59
  - Leistungen 32
  - Leistungsausschluss 84
  - Leistungseinschränkungen 81
  - Leistungsende 114
  - Medizinischen Leistungen 47
  - Mehrbedarfe 79
  - Meldepflicht 58
  - Nicht berücksichtigtes Einkommen 56
  - Notwendiger Bedarf 31
  - Notwendiger Bedarf 32
  - Notwendiger persönlicher Bedarf 32, 42
  - Schwangerschaft 49
  - Sicherheitsleistungen 59
  - Sonstige Leistungen 50
  - Soziokulturelles Existenzminimum 42
  - Umgangsrecht 79
  - Vermögensfreibetrag 59
  - Verstoß gegen räumliche Beschränkung 161
  - Verwaltungsverfahren 246
  - Zahnersatz 49
  - Zuständigkeit 39, 71
- Asylbewerberrecht
  - Analogleistungen 88
- Asylgesuch 34
- Asylrecht
  - Grundrecht 19
- Asylsuchende 21
  - Arbeitsunfähigkeit 62
  - Besonderer Schutzbedarf 60
  - Gemeinschaftsunterkünfte 69
  - Sichere Herkunftsstaaten 61, 68
  - Zuweisung 68
- Asylverfahren 22
  - Abschluss 110
  - Beschleunigtes Asylverfahren 68
- Aufenthalt
  - Rechtsmissbräuchliche Beeinflussung 87, 152
  - Unterbrechung 207
- Aufenthaltsrecht
  - Aufenthaltsgesetz 206
- Aufenthaltsurlaubnis 27
  - Ausbildung 174
  - EU 148
  - Gut integrierte Jugendliche 113
  - Humanitäre Gründe 151
  - Humanitären Gründe 144
  - Nachhaltiger Integration 159
  - Opfer einer Straftat 113
  - vorübergehender Aufenthalt 151
  - Zahnersatz 154
- Aufenthaltsgesetz 21
- Aufenthalts gestattet 26, 39
  - Bescheinigung 26
- Aufenthaltsrecht
  - Arbeitssuche 198
  - Arbeitssuche 216
  - Dienstleistungsfreiheit 210
  - Elterliches Sorgerecht 205
  - Familienangehörige 200
  - Freizügigkeitsrichtlinie 190
  - Kinder in Ausbildung 202, 205
  - Nicht-Erwerbstätige 199
  - Unionsbürger 190
- Aufenthaltsstiel 110
- Auffangkrankenversicherung 233
- Auffangversicherung 129
- Aufhebung von Bescheiden
  - Asylbewerberleistungsgesetz 248
  - Grundsicherung für Arbeitssuchende 252
- Aufnahmeanordnung 145
- Aufnahmeeinrichtung 22, 24

- Aufnahmerichtlinie 59, 170
- Aufschiebende Wirkung 258
- Ausbildungsaufenthaltsrecht
  - Freizügigkeitsrichtlinie 205
- Ausbildungsduldung 158
- Ausländerbehörde 22
- Ausreichende Existenzmittel 199
- Ausreichender Krankenversicherungsschutz 199
- Ausreisefrist 27
- Ausreisepflicht 28
- Auszubildende
  - Grundsicherung für Arbeitssuchende 123
  - Härtefall 124
- B**
- BAföG 134, 237
  - Zuständigkeit 237
- Barbetrag 100
- Basistarif 233
- Bedarfsgemeinschaft 118
  - Mehrehe 119
  - Vertretungsvermutung 119
- Behinderung 138
- Beistand 246
- Beitragsschulden
  - Krankenversicherung 235
- Beitragsunabhängige Geldleistungen 249
- Beitragsunabhängige Sozialleistungen 187
- Berufsausbildungsbeihilfe 135, 237
  - Zuständigkeit 238
- Berufsbezogene Deutschförderung 120, 176
- Berufung 263
- Beschäftigungserlaubnis 79
  - Erwerbsfähigkeit 116
- Bescheid 27
- Bezahlkarte 32, 73, 145
- Bildung und Teilhabe 44, 75, 124
  - Analogleistungen 97
  - Berechtigte Selbsthilfe 46
  - Gutscheine 46
- Bleibeperspektive 53, 137
- Bundesagentur für Arbeit
  - Integrationsleistungen 80
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 22
- Bürgergeld 118
  - nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte 121
- BVG-Grundrente 56
- C**
- Chancen-Aufenthaltsrecht 111, 162
- Clearingverfahren 59, 172
- D**
- Daueraufenthaltsrecht 207
  - Ausweisung 208
  - Rentner 208
- Dienstaufsichtsbeschwerde 256
- Diskriminierungsverbot 186
- Dublin-Verordnung 26, 82, 172, Siehe auch Verordnung über Asyl- und Migrationsmanagement
- Duldung 111, 157
  - Anspruchseinschränkung 162
  - Ausbildungsförderung 166
  - Berufsausbildung 165
  - Berufsvorbereitung 165
  - Beschäftigung 164
  - Elterngeld 165
  - Humanitäre Gründe 158
  - Keine Beschäftigungserlaubnis 164
  - Kindergeld 165
  - Kinderzuschlag 165
  - Sozialhilfe 166
  - Strafverfahren 158
  - ungeklärte Identität 159
  - Unmöglichkeit 157
  - Unterhaltsvorschuss 165
  - Wohngeld 166
  - Wohnsitzauflage 161
- Duldungsbescheinigung 160
- Duldungsfiktion 114, 169
- E**
- EASY-Quotensystem 24
- EFA
  - Ausweisung 231
  - Erlaubter Aufenthalt 230
  - Sozialhilfe 230
  - Vorbehalt 230
- Eingliederungshilfe
  - Analogleistungen 98
  - Kinder 54

## Sachregister

---

- Eingliederungsmaßnahmen
  - Grundsicherung für Arbeitssuchende 120
- Eingliederungsvereinbarung
  - Integrationskurse 175
- Einkommen
  - Freibetrag 101
  - Schmerzensgeld 56
- Einkommen und Vermögen
  - Analogleistungen 100
  - Asylbewerberleistungsgesetz 56
  - Zuflussprinzip 56
  - Zuflusstheorie 125
- Einreise- und Aufenthaltsverbot 28
- Einreise zum Bezug von Sozialleistungen 162
- Einspruch 260
- Einstweilige Anordnung 264
- Einstweiliger Rechtsschutz 28, 263
- Elterngeld 133, 241
  - Antrag 133
- Entschädigungsleistungen 56
- erkennungsdienstliche Behandlung 182
- Erkennungsdienstlichen Behandlung 23
- Erlaubnisfiktion 115
- Erstaufnahmeeinrichtung 35, 38
  - notwendiger persönlicher Bedarf 42
- Erstverteilung 24
- Erwerbsfähige Leistungsberechtigte 117, 210
- Erwerbsfähigkeit
  - Beschäftigungserlaubnis 116
  - Feststellung 116
  - Zuordnung der Leistung 116
  - Zuständigkeit 116
- Erwerbstätige 192
  - Arbeitslosigkeit 196
  - Statuserhalt 195
  - Vorübergehende Erwerbsminderung 196
- EU
  - Erwerbstätige 192
- Europäische Menschenrechtskonvention 19, 190
- Europäische Union 185
  - Arbeitnehmer 192
  - Gleichbehandlungsrecht 189
  - Koordinierung der Sozialsysteme 187
  - Organe 187
  - Richtlinien 188
  - Selbständige Erwerbstätige 194
  - Verordnungen 187
- Europäischen Krankenversicherungskarte 235
- Europäischen Wirtschaftsraum 186
- Europäisches Fürsorgeabkommen 190
- Europarat 189
- Existenzsichernde Leistungen
  - Grundsicherung für Arbeitssuchende 120
- F
- Familienangehörige
  - Leistungsausschluss 213
- Familienasyl 30
- Familienkasse 132
- Familiennachzug 113
  - Subsidiär Schutzberechtigte 113
- Familienversicherung
  - Krankenversicherung 130
- Fehlverhalten 152
- Fiktionsbescheinigung 114, 182
- Flughafen
  - Einreisen 168
- Flughafenverfahren 34, 51, 168
- Folgeantrag 169
- Fortgeltungsfiktion 114
- Freizügigkeit 186
  - Bezug von Sozialleistungen 199
  - Studierende 200
  - Verlust 200
- Freizügigkeitsrichtlinie 188
  - Aufenthaltsrecht 190
- Freizügigkeitsvermutung 204
- Freizügigkeitsgesetz EU 188
- G
- Garantieerklärung 84
- GEAS Siehe Gemeinsames Europäisches Asylsystem
- Geflüchtete aus der Ukraine
  - Asylantrag 180
  - Aufenthaltserlaubnis 180
  - Eingliederungshilfe 183
  - gewöhnlicher Aufenthalt 183
  - Sozialleistungen 182, 183
- Gemeinsames Europäisches Asylsystem 26

Gemeinschaftsunterkünfte 73  
– Existenzsichernde Leistungen 73  
– Kosten der Unterkunft und Heizung 75  
Gemischte Bedarfsgemeinschaft 122  
Genfer Flüchtlingskonvention 19, 137, 138  
Gericht  
– Kosten 263  
– Zuständigkeit 260  
Gesundheit 52  
Gesundheitskarte 98  
Gewöhnlichen Aufenthalt 92, 210  
Grenzgänger 216  
Grundfreiheiten 186  
Grundsicherung für Arbeitssuchende  
– Antrag 115, 126, 249  
– Aufhebung von Bescheiden 252  
– Auszubildende 123  
– beitragsunabhängige Sozialleistungen 188  
– Beratung 119  
– Bildung und Teilhabe 124  
– EFA 217  
– Eingliederungsmaßnahmen 120  
– Einkommen und Vermögen 124  
– Einmalige Bedarfe 123  
– Erstaussstattung 123  
– Erwerbsfähigkeit 115  
– Existenzsichernde Leistungen 120  
– Hilfebedürftigkeit 117, 124  
– Kinder 117  
– Kosten der Unterkunft 123  
– Krankenversicherung 129  
– Leistungen 117  
– Leistungsausschluss 212  
– Mitwirkungspflichten 251  
– Pflegeversicherung 129  
– Pflichtverletzungen 126  
– Regelaltersgrenze 117  
– Sanktionen 125  
– Verwaltungsverfahren 249  
– Vorläufige Entscheidung 252  
– Wohnsitzauflage 127  
– Zuständigkeit 126  
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung  
– Leistungsberechtigung 222  
H  
Hilfe zum Lebensunterhalt  
– Leistungsberechtigung 222

I  
Inobhutnahme  
– Zuständigkeit 171  
Integrationskurs 64, 81, 102  
Integrationskurse 125, 174  
– Anspruch 174  
– Eingliederungsvereinbarung 175  
– Folgen bei Nichtteilnahme 176  
– Kosten 176  
– Teilnahmepflicht 174  
– Zuständigkeit 175  
Integrationsleistungen 80  
J  
Jobcenters  
– Meldung an Ausländerbehörde 215  
K  
Kinder 53, 154  
– Analogleistungen 89  
– Eingliederungshilfe 54  
– Kita-Platz 64, 102  
– Krankenversicherung 130  
Kindergeld 131, 238  
– Im Ausland lebende Kinder 239  
– Sozialrechtliche Kindergeld 240  
– Steuerrechtliche Kindergeld 238  
– Verlust der Freizügigkeit 240  
– Zuständigkeit 241  
Kinderzuschlag 132  
– Antrag 132  
– Zuständigkeit 241  
Kirchenasyl 153  
Kita-Platz  
– Erstaufnahmeeinrichtung 64  
Klage 28, 260  
– Form 261  
– Frist 261  
Kooperationsplan 120  
– Integrationskurse 125  
Kosten  
– Bewerbung 250  
– Übersetzung 250  
Kosten der Unterkunft  
– Analogleistungen 96  
– Angemessenheit 97  
– Grundsicherung für Arbeitssuchende 123  
Kostenaufwändigen Ernährung 95  
Kostenerstattung 255

## Sachregister

---

- Krankenversicherung
  - Familienversicherung 130
  - Freiwillige Versicherung 129
  - Grundsicherung für Arbeitssuchende 129
  - Zuschuss 130
- L**
- Leistungen in besonderen Lebenslagen 137
- Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts
  - Analogleistungen 90
  - Unionsbürger 210
- Leistungsausschluss
  - Familienangehörige 212
- Leistungsausschluss
  - Asylbewerberleistungsgesetz 84
  - EFA 217
  - Verfassungsmäßigkeit 217
- Leistungsausschlüsse
  - Sozialhilfe 224
- Leistungseinschränkung
  - Mitwirkungspflichten 83
- Leistungsseinschränkung
  - Befristung 83
- M**
- Maastrichter Vertrag 185
- Massenzustromrichtlinie 178, 182
  - nicht berechtigte Personengruppe 179
- Massenzustromsrichtlinie
  - Personengruppen 178
- Materielles Aufenthaltsrecht 215
- Medizinische Versorgung
  - Analogleistungen 98
  - Arznei- und Verbandsmitteln 48
  - Behandlungsschein 77
  - Besondere Bedürfnisse 149
  - Gesundheitskarte 77
  - Kenntnisgrundsatz 78
  - Kostenerstattung 78
  - Privilegierte Versorgung 149
  - Psychotherapie 76
  - Zuständigkeit 48
  - Zuzahlungen 48
- Mehrbedarfe 93, 122
- Meistbegünstigungsklausel 206
- Menschen mit Behinderungen
  - Teilhabe am Arbeitsleben 135
- Merkzeichen
  - Schwerbehinderung 138
- Mitwirkungspflichten 37, 83, 247, 248
  - Grundsicherung für Arbeitssuchende 251
- N**
- Nachteilsausgleiche
  - Schwerbehinderung 138
- Notlagentarif 235
- Notwendiger Bedarf
  - Geldleistungen 43
- O**
- Opferentschädigung 139
- P**
- Passive Leistungen 117
- persönliche Anhörung 26
- persönliches Gespräch 25
- Pflegeversicherung 236
- Potentialanalyse 120
- Primärrecht 187
- Private Krankenversicherung 130, 233
- R**
- Rechtmäßiger Aufenthalt 213
  - Asylbewerber 87
  - Frist 88
  - Nachweis 208
  - Wesentliche Unterbrechung 88
- Rechtsantragsstellen 261
- Rechtsbehelfsbelehrung 258
- Rechtsmissbrauch 152
- Rechtsschutz 256
- Regelbedarf 92, 121
- Reisebeihilfe 117
- Relocations 82
- Residenzpflicht 25, 69
- Revision 263
- Rückführungsverbesserungsgesetz 92
- Rückreisekosten 228
- S**
- Sachleistungsaushilfe 235
- Schmerzzustände 47
- Schulpflicht 102
- Schutzimpfungen 49



- Schwangerschaft 49
- Schwangerschaftsabbruch
  - Asylbewerber 78
- Schwerbehinderung 138
  - Antrag 139
  - Kostenlose Beförderung 94
- Selbständige Erwerbstätige 194
- Sichere Drittstaaten 25
- Sichere Herkunftsstaaten 19, 25, 177
- Sonstige Leistungen
  - Atypischer Einzelfall 54
  - Bleibeperspektive 53
  - Gesundheit 52
  - Sicherung des Lebensunterhalts 51
- Soziale Entschädigung 139
- Sozialhilfe
  - EFA 230
  - Leistungsausschlüsse 224
- Sozialleistungen
  - Abschiebehaft 44
  - Anerkannte Flüchtlinge 114
  - Asylberechtigte 114
- Subsidiär Schutzberechtigte 22, 29
  - Familiennachzug 29, 113
- Supranationales Recht 186
- U**
- Überbrückungsbedarf 36
- Überbrückungsleistungen 225
  - Antrag 226
  - Dauer 226
  - Härtefall 227
  - Leistungsberechtigung 226
  - Leistungsumfang 226
  - Medizinische Versorgung 234
  - Rahmenfrist 228
  - Verfassungsmäßigkeit 228
- Überstellung 26
- Ukraine
  - Flüchtlinge 177
- Ukraine-Aufenthalterlaubnis-Fortgeltungsverordnung 180
- Unabweisbarer Bedarf 96, 123
- Unangemessener Sozialhilfebezug 200
- Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
  - Clearingverfahren 172
  - erkennungsdienstliche Maßnahmen 172
  - Inobhutnahme 171
  - Krankenhilfe 173
  - Schulpflicht 173
  - Umverteilung 171
  - Unterhaltsleistungen 173
  - Vormund 172
- Unbegleitete minderjährige Geflüchtete 170
  - Besonderen Schutzbedürftigkeit 170
  - Dublin III-Verordnung 172
  - Sozialleistungen 173
- Unfreiwilligkeitsfiktion 197
- Unionsbürger
  - Arbeitnehmer 211
  - Asylbewerberleistungsgesetz 231
  - Ausbildungsbeihilfen 237
  - Betrieblichen Ausbildung 195
  - Eingliederungshilfe 237
  - Elterngeld 241
  - Familienangehörige 190
  - Grundfreiheiten 190
  - Kindergeld 238
  - Krankenversicherung 233
  - Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts 210
  - Leistungsausschluss Grundsicherung für Arbeitssuchende 212
  - Sozialhilfe 222, 236
  - Unterhaltsvorschuss 241
- Unionsbürgerschaft 186
- Untätigkeitsklage 256
- Unterhaltsvorschuss
  - Antrag 134
- V**
- Verfestigter Aufenthalt 212
- Verlustfeststellung 203
  - Öffentliche Gesundheit 203
  - Öffentlichen Ordnung und Sicherheit 203
  - Sozialhilfebezug 200
  - Zuständigkeit 200, 203
- Vermittlung 64
- Vermittlungsbudget 64
- Vermögen
  - Freibetrag 125
  - Freibeträge 59
- Verordnung über Asyl- und Migrationsmanagement 26
- Verpflichtungserklärung 84, 118, 144
  - Leistungsverweigerung 85
- Verpflichtungsklage 262

## Sachregister

---

- Verwaltungsrecht
  - Mitwirkungspflichten 247
- Verwaltungsrechtlichen Mitwirkungspflicht 54
- Verwaltungsverfahren 245
  - Beistand 246
  - Dolmetscher 249
  - Grundsätze 246, 250
- Volle Erwerbsminderung 91
- Vollziehbare Ausreisepflicht
  - Anspruchseinschränkung 168
- Vorrangprüfung 80
- Vorschüsse 255
- Vorsorgeuntersuchungen 49
  
- W**
- Widerspruch
  - Form 258
  - Frist 258
- Widerspruchsbescheid 258
  
- Widerspruchsverfahren 257
- Wohngeld 136
  - Antrag 137
- Wohnsitzauflage 70, 76, 117, 127, 145, 149, 152, 161
  - Anfechtung 128
  - Folgen bei Verletzung 70
  - Folgen bei Verstoß 161
  - Zuständiges Jobcenter 128
  
- Z**
- Zahnersatz 154
- Zentrale Auslands- und Fachvermittlung 80
- Zuflussprinzip 56
- Zuflusstheorie 125
- Zugang zum Arbeitsmarkt
  - Asylbewerber 108
- Zuweisung 76
- Zweit Antrag 169